

Stand: 17.05.2024 03:42:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/3640

"Das Europa der Regionen leben - die Rolle der Landesparlamente stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/3640 vom 17.09.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/4458 des BU vom 24.10.2019
3. Beschluss des Plenums 18/4660 vom 07.11.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 07.11.2019



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Dr. Franz Rieger, Alexander König, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alfred Sauter, Walter Taubeneder CSU

Das Europa der Regionen leben – die Rolle der Landesparlamente stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag unterstützt die Resolution der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zur EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands 2020.

Der Bayerische Landtag fordert mit Nachdruck, dass die Kompetenzen und besonderen Möglichkeiten der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, insbesondere im Interesse einer größeren Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern, in die Gestaltung der Politik der Europäischen Union intensiver einfließen.

Europa lebt von seiner Vielfalt – und die Regionen sind ein Garant gelebter Bürgernähe. Gerade in den gesetzgebenden Landesparlamenten wie dem Landtag hat europäische Politik und Mitbestimmung ihren festen Platz. Dieses institutionalisierte Europa der Regionen gilt es zu stärken.

Mit dem Abschlussbericht der Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ vom 10.07.2018 und der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 23.10.2018 – COM(2018) 703 final – wurde ein Prozess eingeleitet, der eine bessere Einbindung der lokalen und regionalen Ebene bei europäischen Vorhaben, die Konzentration der europäischen Rechtsetzung auf das Wesentliche und auch die Fortsetzung eines intensiven Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern zum Ziel hat.

Der Bayerische Landtag begrüßt, dass der Abschlussbericht der Task Force am Beginn und nicht am Ende eines Prozesses zur Öffnung der europäischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren für die lokale und regionale Ebene steht.

Die Thematik ist für alle föderal strukturierten Länder der Europäischen Union von besonderem Interesse. Vor diesem Hintergrund ist es folgerichtig, dass Österreich das Thema „Subsidiarität“ zu einem Schwerpunktthema seiner EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 gemacht und damit die auf den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zurückgehende Initiative der Einsetzung einer Task Force Subsidiarität aufgegriffen und fortgeführt hat.

Der Bayerische Landtag fordert eine Fortführung dieses pragmatisch angelegten Prozesses durch die neue EU-Kommission und künftige EU-Ratspräsidentschaften und

sieht hier besonders die nationalen Regierungen der föderal strukturierten Mitgliedsländer der EU in der Pflicht.

Der Bayerische Landtag appelliert deshalb an die deutsche Bundesregierung, die Materie zu einem Schwerpunkt der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im 2. Halbjahr 2020 zu machen und folgende Bereiche mit Nachdruck fortzuentwickeln:

- Verbesserung der Rechtsetzung durch Öffnung europäischer Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren für die lokale und regionale Ebene
- Reform und Aufwertung des Ausschusses der Regionen unter starker Einbindung der Regionalparlamente als lokale Foren und lokale „Hubs“ für mehr Bürgernähe
- Etablierung eines dauerhaften direkten Dialogs der regionalen Ebene, insbesondere auch der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, mit den Europäischen Institutionen, vor allem mit Kommission und Europäischem Parlament
- Das Europäische Parlament ist konkret aufgefordert, im Rahmen seiner vertraglichen Möglichkeiten neue Formen des offiziellen Dialogs mit den Regionalparlamenten zu finden, die Einspeisung regionaler Beschlüsse in den Gesetzgebungsprozess nach dem Prinzip „linking the levels“ zu institutionalisieren und einen regen Austausch zwischen Landesparlamenten und den Europaabgeordneten zu ermöglichen.
- Einbeziehung der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen in die Konsultationsprozesse der Kommission bei spezifisch regionalen Interessen
- stärkere Berücksichtigung der Erfahrungen der lokalen und regionalen Ebene bei Bewertung und Überarbeitung von Unionsrecht
- Reduzierung der Regelungsdichte
- frühzeitige Konsultation der Landesparlamente durch die nationalen Parlamente im Rahmen des Verfahrens zur Prüfung von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit
- aktivere Zusammenarbeit der neuen EU-Kommission, der nationalen Parlamente und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften noch vor Annahme des jährlichen Arbeitsprogramms
- Schaffung einer interinstitutionellen EU-Datenbank mit den Stellungnahmen aller EU-Institutionen und aller demokratisch legitimierten nationalen, regionalen und lokalen Autoritäten



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Dr. Franz Rieger, Alexander König, Alex Dorow u.a. CSU
Drs. 18/3640**

Das Europa der Regionen leben - die Rolle der Landesparlamente stärken

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Tobias Gotthardt**
Mitberichterstatter: **Florian Siekmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 24. September 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 24. Oktober 2019 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Dr. Franz Rieger, Alexander König, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alfred Sauter, Walter Taubeneder CSU

Drs. 18/3640, 18/4458

Das Europa der Regionen leben – die Rolle der Landesparlamente stärken

Der Landtag unterstützt die Resolution der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zur EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands 2020.

Der Landtag fordert mit Nachdruck, dass die Kompetenzen und besonderen Möglichkeiten der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, insbesondere im Interesse einer größeren Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern, in die Gestaltung der Politik der Europäischen Union intensiver einfließen.

Europa lebt von seiner Vielfalt – und die Regionen sind ein Garant gelebter Bürgernähe. Gerade in den gesetzgebenden Landesparlamenten wie dem Landtag hat europäische Politik und Mitbestimmung ihren festen Platz. Dieses institutionalisierte Europa der Regionen gilt es zu stärken.

Mit dem Abschlussbericht der Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ vom 10.07.2018 und der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 23.10.2018 – COM(2018) 703 final – wurde ein Prozess eingeleitet, der eine bessere Einbindung der lokalen und regionalen Ebene bei europäischen Vorhaben, die Konzentration der europäischen Rechtsetzung auf das Wesentliche und auch die Fortsetzung eines intensiven Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern zum Ziel hat.

Der Landtag begrüßt, dass der Abschlussbericht der Task Force am Beginn und nicht am Ende eines Prozesses zur Öffnung der europäischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren für die lokale und regionale Ebene steht.

Die Thematik ist für alle föderal strukturierten Länder der Europäischen Union von besonderem Interesse. Vor diesem Hintergrund ist es folgerichtig, dass Österreich das Thema „Subsidiarität“ zu einem Schwerpunktthema seiner EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 gemacht und damit die auf den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zurückgehende Initiative der Einsetzung einer Task Force Subsidiarität aufgegriffen und fortgeführt hat.

Der Landtag fordert eine Fortführung dieses pragmatisch angelegten Prozesses durch die neue EU-Kommission und künftige EU-Ratspräsidentschaften und sieht hier besonders die nationalen Regierungen der föderal strukturierten Mitgliedsländer der EU in der Pflicht.

Der Landtag appelliert deshalb an die deutsche Bundesregierung, die Materie zu einem Schwerpunkt der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im 2. Halbjahr 2020 zu machen und folgende Bereiche mit Nachdruck fortzuentwickeln:

- Verbesserung der Rechtsetzung durch Öffnung europäischer Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren für die lokale und regionale Ebene
- Reform und Aufwertung des Ausschusses der Regionen unter starker Einbindung der Regionalparlamente als lokale Foren und lokale „Hubs“ für mehr Bürgernähe
- Etablierung eines dauerhaften direkten Dialogs der regionalen Ebene, insbesondere auch der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, mit den Europäischen Institutionen, vor allem mit Kommission und Europäischem Parlament
- Das Europäische Parlament ist konkret aufgefordert, im Rahmen seiner vertraglichen Möglichkeiten neue Formen des offiziellen Dialogs mit den Regionalparlamenten zu finden, die Einspeisung regionaler Beschlüsse in den Gesetzgebungsprozess nach dem Prinzip „linking the levels“ zu institutionalisieren und einen regen Austausch zwischen Landesparlamenten und den Europaabgeordneten zu ermöglichen.
- Einbeziehung der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen in die Konsultationsprozesse der Kommission bei spezifisch regionalen Interessen
- stärkere Berücksichtigung der Erfahrungen der lokalen und regionalen Ebene bei Bewertung und Überarbeitung von Unionsrecht
- Reduzierung der Regelungsdichte
- frühzeitige Konsultation der Landesparlamente durch die nationalen Parlamente im Rahmen des Verfahrens zur Prüfung von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit
- aktivere Zusammenarbeit der neuen EU-Kommission, der nationalen Parlamente und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften noch vor Annahme des jährlichen Arbeitsprogramms
- Schaffung einer interinstitutionellen EU-Datenbank mit den Stellungnahmen aller EU-Institutionen und aller demokratisch legitimierten nationalen, regionalen und lokalen Autoritäten.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist das Antragspaket der FDP-Fraktion betreffend "Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen", Nummern I bis IV, Drucksachen 18/2726 mit 18/2729, das auf Wunsch der FDP-Fraktion einzeln beraten werden soll. Ebenso von der Abstimmung ausgenommen ist der Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/3067 betreffend "Europäischen Sozialfonds abwickeln – Zentralisierung stoppen!". Auch zu diesem Antrag wurde eine Aussprache beantragt. Soweit zeitlich noch möglich, werden die Anträge nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen, ansonsten werden sie auf die Sitzung am 12. November verschoben.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe, das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Auch der Kollege Swoboda (fraktionslos) schließt sich dem an. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Oktober 2019 (Vf. 14-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 44 Abs. 2 des Gesetzes über die Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 342) geändert worden ist

PII-G1310.19-0014

Drs. 18/4433 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 II. Der Antrag ist unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☒	☒	☒

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Oktober 2019 (Vf. 15-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 37 „Gemeindeverbindungsstraße Altomünster – St 2047“ des Marktes Altomünster vom 15. April 2015

PII-G1310.19-0015

Drs. 18/4435 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Wohnraum schaffen - schnell, günstig und unbürokratisch
Drs. 18/2551, 18/4446 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

4. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen I:
Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln
Drs. 18/2726, 18/4331 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

5. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen II:
Planspiele, schuleigene Konzepte und mehr Material online
Drs. 18/2727, 18/4332 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen III:
Verankerung der Demokratiebildung in der LPO I, Öffnung der
Kombinationsmöglichkeiten für Sozialkunde und mehr Fortbildungen
Drs. 18/2728, 18/4333 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

7. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen IV:
Flexibilisierung der Schülermitverantwortung
Drs. 18/2729, 18/4339 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Projekte für Menschen in sozialen Notlagen -
Wohnungslose Menschen als Hundeausführer
Drs. 18/2791, 18/4293 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Entwicklung der Kindertagespflege in einem Fachgespräch evaluieren
Drs. 18/2869, 18/4294 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

10. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Thomas Huber, Sandro Kirchner u.a. CSU Lootboxen, Gewinnversprechen & Co.: Mehr Jugendschutz bei suchterzeugenden, glücksspielähnlichen Elementen in Online-Games
Drs. 18/2872, 18/4253 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
(Wieder-)Aufforstung für den Klimaschutz voranbringen!
Drs. 18/3026, 18/4327 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

12. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)
Besteuerung von Scheingewinnen abschaffen: Senkung des typisierten Zinssatzes von 5,5 Prozent nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 Einkommensteuergesetz auf das mittlerweile langfristige Niedrigzins-Niveau
Drs. 18/3054, 18/4277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

Die CSU-Fraktion hat beantragt das Votum Ablehnung zugrunde zu legen

13. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)
Sechszehnstufige Vollverzinsung für Steuernachforderungen gesetzlich reduzieren - Bürger von übermäßigen Belastungen befreien
Drs. 18/3055, 18/4278 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	ENTH

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Böhm,
Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Europäischen Sozialfonds abwickeln - Zentralisierung stoppen!
Drs. 18/3067, 18/4430 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Schutz vor Gewalt in stationären Einrichtungen -
Umsetzung der Istanbul-Konvention auch in der stationären Pflege!
Drs. 18/3077, 18/4279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hitze gefährdet Gesundheit - kommunale Hitzeaktionspläne stärker fördern
Drs. 18/3078, 18/4328 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD) Europäischen Sozialfonds (ESF) stärken!
Drs. 18/3094, 18/4431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU, Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterbildungsordnung für die Pflege
Drs. 18/3258, 18/4280 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒ ENTH	☐	☐

19. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bessere Einbindung der Fachoberschulen in das Übertrittsverfahren
Drs. 18/3260, 18/4334 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

[illegible]

20. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über vertragsärztliche Bedarfsplanung (Entscheid des Gemeinsamen Bundesausschusses) und Auswirkungen für Bayern
Drs. 18/3261, 18/4281 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

21. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Qualität der Intensivpflege zuhause sicherstellen: Rahmenempfehlungen für häusliche Krankenpflege überarbeiten
Drs. 18/3271, 18/4282 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

22. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Sandro Kirchner, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gewerbsteuerbefreiung für Kleinstsolaranlagenbetreiber im Sinne von § 3 Nr. 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz
Drs. 18/3275, 18/4322 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt das Votum Zustimmung zugrunde zu legen

26. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Sandro Kirchner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Potenziale güllebasierter Biogasanlagen nutzen
Drs. 18/3293, 18/4323 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

27. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. CSU
Anpassung der Einkommensfreibeträge für Erwerbsaufstocker
Drs. 18/3299, 18/4295 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒ ENTH

28. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anerkennung digitaler Unterschriften von Meldescheinen in Beherbergungsbetrieben in Bayern
Drs. 18/3360, 18/4324 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒	☒	☒

29. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU
Mütterrenten vollständig angleichen
Drs. 18/3374, 18/4297 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☐

30. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Einhaltung der Menschenrechte in globalen Lieferketten sicherstellen
Drs. 18/3383, 18/4325 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn u.a. SPD
Solidarität mit Uiguren
Drs. 18/3384, 18/4434 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐ ENTH	☒	☒

32. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Demokratie mitdenken und mitgestalten I: Fachnamen „Politik und Gesellschaft“ an allen Schulen einführen!
Drs. 18/3584, 18/4336 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐ ENTH	☒	☒

33. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Demokratie mitdenken und mitgestalten II:
Schülermitverantwortung (SMV) auch an Grundschulen etablieren
Drs. 18/3585, 18/4337 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

34. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Demokratie mitdenken und mitgestalten III:
Schule als demokratischen Lebensraum stärken
Drs. 18/3586, 18/4338 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒ <u>ENTH</u>	☒	☒

35. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Dr. Franz Rieger, Alexander König, Alex Dorow u.a. CSU
Das Europa der Regionen leben - die Rolle der Landesparlamente stärken
Drs. 18/3640, 18/4458 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

36. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Weideschlachtung im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften fördern
Drs. 18/3644, 18/4330 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Bayern in Europa - Maßnahmen zur Stärkung der Personalpräsenz und zur Förderung der Europakompetenz
Drs. 18/3645, 18/4298 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒	☒

38. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Horst Arnold, Natascha Kohnen u.a. SPD
Fortsetzungsbericht: Winterbedingte Einschränkungen des bayerischen Schienenverkehrs
Drs. 18/3653, 18/4428 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒	☒

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Expertinnen- und Expertenanhörung zum internationalen Jugendaustausch
Drs. 18/3765, 18/4296 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Horst Arnold, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Kita-Ausbau verlässlich finanzieren - Mittel im Sonderinvestitionsprogramm unverzüglich aufstocken
Drs. 18/3068, 18/4299 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären